

Die Spitzen-Absurdität bzgl. Energie der Biden-Regierung

geschrieben von Chris Frey | 10. Juli 2022

Anne Bradbury, [CFACT Ed](#)

Methanabgabe, Windfall Profits Taxes, Aufhebung der IDCs, Forderungen nach FTC-Untersuchungen zur Preisabzocke und jetzt eine Aussetzung der Benzinsteuern auf Bundesebene. Die Energiepolitik der Regierung ist unzusammenhängend und oft kontraproduktiv. Anstelle von unausgereiften Angriffen auf die Erdöl- und Erdgasindustrie brauchen die Verantwortlichen in Washington eine ernsthafte Energiestrategie, die alle Energieressourcen Amerikas, einschließlich Erdöl und Erdgas, einbezieht.

Neben diesen problematischen Legislativvorschlägen gibt es zahlreiche bedenkliche Maßnahmen, die derzeit in den verschiedenen Behörden umgesetzt werden. Die Regierung legt Pipelines still und blockiert sie, schränkt die Verpachtung von Erdöl- und Erdgasvorkommen auf Bundesland stark ein, verzögert die Erteilung von Genehmigungen für LNG-Exporte und erlässt weitreichende Vorschriften zur Offenlegung bzgl. Klima, um Investitionen in die Branche zu verhindern.

Diese schlechte Politik trägt nicht dazu bei, die in die Höhe schießende Inflation zu bekämpfen, und hat einen realen Einfluss auf die Zustimmungsraten des Präsidenten, die ihn auf einen Tiefpunkt bringt, den nur wenige Präsidenten je erlebt haben.

Damit dies nicht als Parteipolitik abgetan wird, werfen wir einen Blick zurück auf die Erklärung des Weißen Hauses von Obama zu den Benzinpreisen:

„Die Wahrheit ist, dass es kein Patentrezept gibt, um den steigenden Benzinpreisen kurzfristig zu begegnen, aber es gibt Schritte, die wir unternehmen können, um sicherzustellen, dass das amerikanische Volk langfristig nicht Opfer der in die Höhe schießenden Benzinpreise wird. Deshalb konzentriert sich der Präsident seit seinem Amtsantritt auf ein nachhaltiges ‚Alles-aus-einer-Hand‘-Konzept zur Erschließung neuer heimischer Energiequellen, zur Ausweitung der Öl- und Gasproduktion und zur Verringerung unserer Abhängigkeit von ausländischem Öl...“

Das Weiße Haus Obama setzte sich für ein Energiekonzept ein, das Erdöl und Erdgas einschließt, anstatt falsche Geschichten zu verbreiten und mit dem Finger auf andere zu zeigen. Sie wussten auch um die Bedeutung der heimischen Produktion, da sie weiterhin bundesstaatliche Pachtverkäufe für die Erschließung von Öl und Gas durchführten. Sie setzten auf einheimische Produzenten, um das Angebot zu erhöhen –

anstatt aktiv zu versuchen, ausländische Staaten wie Saudi-Arabien und Venezuela dazu zu bringen, mehr zu produzieren, um unseren Energiebedarf in Amerika zu decken.

Im Gegensatz dazu hat die Biden-Regierung keinen „Alles-oder-nichts“-Ansatz verfolgt. Stattdessen macht sie den Märkten und dem amerikanischen Volk weiterhin verwirrende Aussagen über die Rolle der heimischen Energieerzeugung:

- „Lassen Sie mich Ihre Frage ganz direkt beantworten: Präsident Biden ist nach wie vor fest entschlossen, keine weiteren Bohrungen auf öffentlichem Land voranzutreiben.“ (Gina McCarthy, April 2022).
- „Wir müssen die Industrie aufklären: Sie haben sechs Jahre, acht Jahre, nicht mehr als 10 Jahre oder so, innerhalb derer Sie ein Mittel finden müssen, mit dem Sie die [Emissionen] auffangen, und wenn Sie sie nicht auffangen, dann müssen wir alternative Energiequellen einsetzen.“ (Außenminister John Kerry, April 2022).
- „Die Ölpreise sinken, die Gaspreise sollten auch... Öl- und Gasunternehmen sollten ihre Gewinne nicht auf Kosten der hart arbeitenden Amerikaner steigern.“ (Präsident Joe Biden, März 2022)

Die Welt weiß, dass die Öl- und Gasproduzenten den Benzinpreis nicht bestimmen. Der Benzinpreis wird durch den Rohölpreis bestimmt, der auf dem Weltmarkt auf der Grundlage von Angebot, Nachfrage und Kosten festgelegt wird. Die Preise werden auch durch politische Maßnahmen und Versprechungen beeinflusst – wie die, welche die Regierung seit der Wahl gemacht hat. Versprechen, die sich im Wahlkampf gut anhörten, wie „kein neues Fracking auf Bundesland“ und „Übergang zu erneuerbaren Energien“. Aber Wahlversprechen sind nicht immer gleichbedeutend mit guter Politik. Die vergangenen zwei Jahre haben uns gezeigt, dass die Rhetorik, die Politik und die Schuldzuweisungen der Regierung keine Einigkeit geschaffen haben, und niemand ist besser dran, wenn er 5 Dollar pro Gallone für den Weg zur und von der Arbeit bezahlen muss.

Die Antwort liegt in der Zusammenarbeit – mit der Öl- und Erdgasindustrie – bei der Umsetzung der Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Energiekosten für die amerikanische Bevölkerung zu senken:

- Verpachtung von Bundesland und Gewässern
- Bau der für den Transport von Erdöl und Erdgas erforderlichen Pipelines
- Förderung von Investitionen und Zugang zu Kapital
- Engpässe in der Lieferkette beseitigen

Die Gesamtinflation von 8,6 Prozent nähert sich schnell dem Niveau, mit dem die Amerikaner während der Energiekrise 1979 unter der

Präsidentschaft von Jimmy Carter konfrontiert waren, als die Preise um 11,4 Prozent stiegen und die Carter-Regierung Benzinrationierungen und Lohnpreiskontrollen einführte.

Arnold Weber, der frühere Direktor des Nixon Cost of Living Council, bezeichnete die Anti-Inflationspolitik von Präsident Carter und die Bemühungen, sie dem amerikanischen Volk zu verkaufen, als „eine Art Lockvogeloperation ... die die Illusion von Engagement und Handeln erzeugt, ohne die Grundlage für das Handeln zu schaffen“.

Wir fordern die Regierung Biden auf, die **wesentliche Rolle von Erdöl und Erdgas für die kommenden Jahrzehnte anzuerkennen und sich auf ernsthafte politische Lösungen zu konzentrieren, die das Angebot erhöhen und zu einer Senkung der Energiepreise beitragen**. Die amerikanischen Familien haben mehr verdient als die Illusion von Maßnahmen, wenn es um Energie geht.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

This article originally appeared at [Real Clear Energy](#)

Autorin: *Anne Bradbury is CEO of the American Exploration & Production Council (AXPC) whose membership is composed of America's largest independent oil and natural gas exploration and production companies. Anne joined AXPC from the Duberstein Group, where she was a Partner. Prior to Duberstein, Ms. Bradbury served as one of the top legislative strategists and technicians in Congress as Floor Director to two successive Speakers of the House of Representatives and Deputy Floor Director in the Offices of both the Majority and Minority Leader. During her decade-long career on Capitol Hill, Bradbury was instrumental in the implementation and adoption of major rules packages and legislative initiatives ranging from reforms to national security and intelligence policy to health care, energy, transportation, trade, and education policy passed by the House of Representatives.*

Link:

<https://www.cfact.org/2022/07/02/the-biden-administration-hits-peak-energy-absurdity/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE